



anlässlich der GEW-Ausstellung:

***Berufsverbote und politische Disziplinierung in West-Berlin***

möchten wir informieren und mit euch diskutieren über

***Antifaschismus und Berufsverbote – damals (1972) und heute.***

***Droht uns ein neuer Radikalenerlass oder brauchen wir ihn gegen rechts?***

**am 20. Mai 2022 um 19 Uhr im Schöneberger Rathaus (Raum 195 EG)**

Seit den frühen 1950er-Jahren bis in die Gegenwart wurde immer wieder versucht, die VVN im besonderen und antifaschistische Tätigkeit im allgemeinen zu illegalisieren bzw. zu diskriminieren. Kürzlich (2019) noch ist es dem *Verfassungsschutz* (VS) gelungen, die Tätigkeit der VVN als verfassungsfeindlich einzustufen mit der Folge ihres zeitweisen Ausschlusses von der staatlichen Förderung.

Auch bei der Umsetzung des Radikalenerlasses von 1972, gerade auch im damaligen West-Berlin, spielte der VS durch Massenbespitzelung von Bewerber\_innen des öffentlichen Dienstes eine fatale Rolle. Der Geheimdienst gab vor, wer als *Verfassungsfeind* zu gelten hatte und der Senat - mit Sitz im Schöneberger Rathaus - bzw. die Bezirksstadträte, setzten häufig die Vorgaben des VS rigoros um: Allein bis 1978 kam es zu ca 200 Ablehnungen oder Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst. Dieses führte bei Betroffenen zu Verwerfungen beruflicher Karrieren und zu Existenznöten.

Und heute? Das Bundesinnenministerium und einige Bundesländer planen die Wiedereinführung der Regelanfrage beim *Verfassungsschutz*, um „*Extremisten*“ aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten.

Hauptreferenten:

- **Prof. Martin Kutscha** (Staats- und Verwaltungsrechtler, emeritiert) zur Gefahr eines neuen Radikalenerlasses
- **Niklas Schrader** innenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Abgeordnetenhaus, zu ersten Erfolgen bei der Aufarbeitung der Folgen des Radikalenerlasses und zu den Problemen im Kampf gegen rechts

**Verantwortlich:** VVN/BdA Ortsvereinigung Tempelhof/Schöneberg

**Mitgestaltet durch:** VVN/BdA-OV Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg, Ag Berufsverbote in der GEW-Berlin, Die LINKE in der BVV Tempelhof-Schöneberg